Peter Klinger, BA

Bundesministerium für
Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

BERICHT
Institut für Neuzeit und Zeitgeschichtsforschung der ÖAW (INZ)
Forschungsschwerpunkt Historisch-Kulturwissenschaftliche Europawissenschaften
der Universität Wien

„Staatlicher Antikommunismus und die politische Kultur des Kalten Krieges – das Beispiel der frühen Bundesrepublik“

Wann: 03. November 2014
Wo: INZ, Strohgasse 45, 1030 Wien

Dieser 4. Workshop zur internationalen Geschichte im Institut für Neuzeit und Zeitgeschichtsforschung der ÖAW wurde von etwa 20 Personen besucht und von Doz. Dr. Wolfgang Mueller, dem stellvertretenden Direktor des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der ÖAW, moderiert.

Impulsvortrag von Univ.-Prof. Dr. Stefan Creuzberger[1], Professor für Zeitgeschichte an der Universität Rostock:
Der staatliche Antikommunismus in der Bonner Republik habe zum festen Leitbild der jungen Bonner Republik gehört und sei vor den großen außen- und innenpolitischen Herausforderungen für die BRD dieser Zeit zu sehen, beginnend mit:

[1] Verweis auf Prof. Creuzberger und seine Forschungstätigkeiten:
http://www.geschichte.uni-rostock.de/lehrende/professoren/creuzberger/

– der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR im September 1955
– der Moskau-Reise Konrad Adenauers im Oktober 1955.

Die außenpolitische Leitlinie der Bonner Deutschland-Politik sei bis Mitte der 1960er-Jahre die Hallstein-Doktrin[2] gewesen, die einer Anerkennung der DDR entgegenwirken sollte.

Der Antikommunismus habe der gesellschaftlichen Grundstimmung der BRD entsprochen und eine partei- und gesellschaftsübergreifende äußere und innere Identifikationsfunktion erfüllt. Das KPD-Verbot sei noch nicht in Kraft getreten gewesen - der staatliche Antikommunismus habe als Abwehrkampagne gegen Infiltrationsversuche der BRD von Seiten der DDR fungiert. Der staatliche Antikommunismus habe hierbei zwei Gegner definiert:

– das SED-Regime in der DDR und
– den „inneren Feind“ in Form von SED-Agenten und Tarnorganisationen der DDR in der BRD.

Eine Schlüsselrolle habe hierbei das 1949 gegründete **Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) gespielt. Dieses sei eine Koordinierungszentrale zur Abwehr des Kommunismus gewesen und habe eine auf die Wiedervereinigung zielende Funktion gehabt.** Das BMG habe eng mit zahlreichen privaten Organisationen sowie mit dem Bundesministerium des Innern (BMI), dem Bundesnachrichtendienst (BND) und der CIA zusammengearbeitet. Stellenweise hätte dieser Abwehrkampf die Rolle eines „Kalten Bürgerkrieges“ angenommen, das BMG und seine Partnerorganisationen seien mit echten oder vermeintlichen Gegnern, wie zum Beispiel Pazifisten, nicht zimperlich umgegangen. Das BMG habe mitunter ein ambivalentes Demokratieverständnis an den Tag gelegt und auch eine Geheimdatei mit politisch unliebsamen Personen geführt. 1955 habe sogar das BMI in einem Bericht die fragwürdigen Methoden der Kommunismus-Abwehr des BMG kritisiert. Das publizistische Pendant zum BMG sei die 1952 gegründete „Bundeszentrale für Heimatdienst“ gewesen.

1961 sei ein Wandel in der politischen Kultur des Antikommunismus eingetreten. Als Wendepunkt könnten der Bau der Berliner Mauer ab 1961 und die Berliner Passagierschein-Abkommen ab 1963[3] gesehen werden. Erich Mende, 1963-1966 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und zugleich Stellvertreter des Bundeskanzlers, habe 1966 in aller Öffentlichkeit Kritik an den bisherigen Leitlinien und der gängigen Praxis des Antikommunismus geübt und ein „Höchstmaß an Diskussion über den Kommunismus und die Deutsche Frage“ gefordert. Auch das BMG sei personell umgebaut worden, die denunziatorische Geheimdatei sei vernichtet worden und der Name des Ministeriums in **Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMiB)** geändert worden. Es sei in weiterer Folge in den späten 1960er-Jahren zu einer Entspannungspolitik auf beiden Seiten gekommen, die DDR habe beispielsweise die Genehmigung seitens der BRD erhalten, Presseprodukte in Westdeutschland zu vertreiben. Durch die Konsolidierung der BRD habe es immer weniger Anlass gegeben, die nun saturierten Bundesbürger gegen kommunistische Indoktrinationsversuche seitens der DDR abzuschirmen.

Kommentare von:

---

[2]Über die Hallstein-Doktrin:
http://hdg.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/DieZuspitzungDesKaltenKrieges/StaatsmannAdenauer/hallsteindoktrin.html

[3] Über die Passierscheinabkommen, den Vereinbarungen zwischen dem Senat von Berlin (West) und der Regierung der DDR:
http://de.wikipedia.org/wiki/Passierscheinabkommen

Dr. Maximilian Graf, wiss. Mitarbeiter am Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften:
Die Geschichte des Antikommunismus sei international in der Geschichtswissenschaft ein eher wenig beachtetes Thema. Es gebe aber seit einiger Zeit eine gewisse Konjunktur, sich verstärkt damit auseinander zu setzen, es finde dazu auch von 13.-15. November 2014 ein Symposion[4] an der Universität Jena statt. Der Antikommunismus sei neben Faschismus und Kommunismus eines der politisch-ideologischen Großphänomene des 20. Jahrhunderts und sollte daher mehr Beachtung finden. Außerhalb des deutschen Sprachraums habe die Forschung zu diesem Thema mehr Tradition, hier seien vor allem die USA und Frankreich zu nennen. Die behaupteten Bedrohungslagen im Innern für den Westen seien meist übertrieben worden, es habe keine reale Herausforderung durch mächtige kommunistische Parteien in den westlichen Nationalstaaten gegeben. Trotzdem habe der Antikommunismus als ideologische Klammer und politisches Programm erstaunlich gut funktioniert.

Univ.-Prof. Dr. Oliver Rathkolb, Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien:
Die bisher eher spärliche Erforschung des Antikommunismus zeige sich auch in der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema: Viele Standardwerke seien vor Jahrzehnten erschienen und klar vom Kalten Krieg geprägt. Abseits von ideologischen Debatten gebe es wenig wissenschaftlich Haltbares dazu. Der Antikommunismus sei auch für aktuelle politisch-staatsrechtliche Fragen ein lohnendes Forschungsfeld. **Es gehe wie so oft um die Frage, wie weit eine Demokratie gehen sollte/dürfe, um ihre Grundwerte zu schützen.** In der BRD habe es nach 1945 über 125.000 Strafverfahren gegen vermeintliche oder echte kommunistische Sympathisant/innen gegeben, etwa 6.000 seien aufgrund diverser „kommunistischer Umtriebe“ verurteilt oder mit Berufsverbot belegt worden. Das BMG sei hierbei als Leitinstitution für die Justiz aufgetreten und hätte dieser zugearbeitet. Die Verbindung von staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen im Antikommunismus sollte daher stärker in der Forschung behandelt werden, zuerst müsse es aber grundlegende empirische Untersuchungen geben, diese fehlten bisher.

Fragen
Wie sehe der Forschungsstand zur Geschichte des Antikommunismus in Österreich aus?
Antwort: In Österreich habe sich der Antikommunismus in seiner Form stark von der BRD unterschieden. Er sei zwar genauso Teil der politischen Leitlinien der frühen II. Republik gewesen, die BRD sei aber aufgrund der real empfundenen Bedrohung durch das SED-Regime und die erhoffte Wiedervereinigung viel nachhaltiger dagegen vorgegangen. Die Quellenlage hinsichtlich Originaldokumenten sei in Österreich noch viel schwieriger, weil viele Dokumente noch gesperrt seien oder in ausländischen Archiven lagerten, auf die man in den seltensten Fällen Zugriff habe.
Abschließend sprachen sich alle Vortragenden für eine verstärkte Zusammenarbeit der Historiker/innen auf diesem Gebiet aus. Es brauche die wissenschaftliche Arbeit unterschiedlichster Expert/innen, um sich diesem Thema anzunähern, es sei überdies noch viel Grundlagenforschung nötig, bevor man zu Spezialaspekten des Antikommunismus forschen könne.

Schmitzer, 11.11.2014

---

[4] Symposion „Der Antikommunismus in seiner Epoche“ an der Universität Jena: http://www.nng.uni-jena.de/tagungen_konferenzen_lehrstuhl_nng.html